



2003/52 Thema

<https://jungle.world/artikel/2003/52/der-staat-bleibt-ignorant>

»Der Staat bleibt ignorant«

Von **kristin gebhardt**

**bulmaro ventura limeta, pedro gonzalez gomez und larisa ortiz quintero
arbeiten
in der Vereinigung Indigener Migranten in Mexiko-Stadt (Asamblea de los
Migrantes Indígenas de la Ciudad de Mexico)**

Ihr seid vor vielen Jahren aus indigenen Gemeinden nach Mexiko-Stadt gekommen. Was verbindet euch mit dem Zapatismus?

Gomez: Am wichtigsten ist für uns natürlich, dass der Kampf der Zapatisten einer um die Würde der Indigenen ist. Diese seit Jahrhunderten währende Diskriminierung war für uns zum Alltag geworden. Wir fühlten uns zurückgeblieben und hatten es nicht geschafft, uns zu positionieren. Selbstverständlich gab es schon lange eine innere Wut, aber wir hatten das Gefühl, nichts machen zu können.

Mit dem Aufstand des EZLN im Jahr 1994 entstand dann zum ersten Mal die Möglichkeit, uns sichtbar zu machen und darauf hinzuweisen, dass wir existieren. Die Zapatisten sorgten dafür, dass die indigene Lebensweise auf nationaler Ebene diskutiert wurde, mit der Regierung, mit der Gesellschaft und in den Medien. Durch den EZLN kam das indigene Denken auch in anderen Welten zum Ausdruck.

In den zapatistischen Gebieten in Chiapas wurden im August die »Räte der Guten Regierung« gegründet. Beeinflusst das eure Organisation?

Limeta: Wir haben darüber diskutiert, die Organisation in ein Caracol zu verwandeln, also in eine Kontaktstelle im zapatistischen Sinne. Und in diesem Rahmen sprachen wir auch über die »Guten Regierungen«. Gewissermaßen praktizieren wir aber schon einen Teil dessen, was der EZLN darunter versteht: Wir versuchen, als Organisation transparent zu arbeiten und nichts zu verstecken.

Zu den wichtigsten Zielen des EZLN gehörte lange Zeit die Umsetzung des Abkommens von San Andres über Indigene Rechte und Kultur. Diese Vereinbarung wurde als Gesetzentwurf von der Parlamentskommission Cocopa vorgelegt, fand aber bis heute keine wirkliche Berücksichtigung. Stattdessen verabschiedete der Kongress vor zweieinhalb Jahren ein Gesetz, das von vielen indigenen Organisationen scharf kritisiert

und als Cocopa-Light bezeichnet wird. Was fehlt in diesem Gesetz?

Quintero: In dem verabschiedeten »Ley Indígena« werden indigene Kommunen nicht als kollektive Rechtssubjekte anerkannt. Zudem wird den Gemeinden nur in sehr begrenztem Rahmen zugestanden, über ihre Belange selbst zu entscheiden. Und drittens wird den Gemeinden das Recht verweigert, über die Nutzung des von ihnen bewohnten Landes und dessen natürliche Ressourcen selbst zu entscheiden.

Gomez: Bei der Anerkennung der indigenen Rechte geht es im Grunde darum, dass die indigene Form des Denkens anerkannt wird. Damit meinen wir eine Art zu leben, die ihre eigene Verbindung zur Natur, zur Medizin, ihre eigene Vorstellung von den Beziehungen zwischen Menschen hat. Für Indigene spielt das Kollektiv, zum Beispiel die gemeinschaftlich verrichtete Arbeit in den Kommunen, eine entscheidende Rolle.

Das ist so, auch wenn wir hier als Indigene des 21. Jahrhunderts in einer globalisierten Welt leben, mit all den Möglichkeiten der Kommunikation und Vernetzung, die auch zwischen den Dörfern stattfindet. Es muss endlich anerkannt werden, dass es innerhalb der mexikanischen Bevölkerung nicht nur ein Lebenskonzept gibt. Um es auf einen juristischen Begriff zu bringen: wir fordern Autonomie, die nichts mit Separatismus zu tun hat.

Der Oberste Gerichtshof hat im vergangenen Jahr die Einsprüche gegen das Cocopa-Light-Gesetz abgewiesen. Habt ihr noch Hoffnung, dass auf verfassungsmäßigem Wege eine Veränderung möglich ist, sprich, dass das Indigenengesetz im Sinne des Abkommens von San Andres reformiert wird?

Quintero: Eines ist klar: Die Antwort auf unseren Kampf für die Festschreibung indigener Rechte in der Verfassung hat keinerlei Respekt vor der indigenen Bevölkerung gezeigt. Erst vor wenigen Wochen hat der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Anders Kompass, dem Präsidenten Vicente Fox eine Empfehlung in Sachen Menschenrechte überreicht, in der er auch auf die Rechte der Indigenen eingeht. Kompass fordert, dass der Kongress erneut über eine Reform des Gesetzes diskutiert, weil es die Betroffenen nicht zufrieden stellt.

Gomez: Der Staat, bzw. der Oberste Gerichtshof ist schlichtweg ignorant gegenüber diesem Thema. In den Kopf dieser Leute passt die Konzeption der indigenen Bevölkerung einfach nicht rein. Das ist das zentrale Problem.

Der EZLN hat die Hoffnung auf eine Umsetzung des Abkommens von San Andres offenbar aufgegeben und geht seinen Weg ...

Limeta: Der Kampf der Zapatisten findet in den autonomen Gemeinden statt, wo man sich auch auf ein Territorium beziehen kann. Wir sind Migranten, die in der Urbanität leben, verteilt in der Stadt oder der städtischen Peripherie. Da sind solche Konzepte schwierig umzusetzen.

Aber in den Kommunen geht der Kampf um die Unabhängigkeit weiter. In verschiedenen Regionen des Landes entstehen autonome Gemeinden. Unsere Verantwortung ist es, diese Bewegungen zu stärken, und das tun wir unter anderem, indem wir weiterhin ein Gesetz

fordern, wie es von der Cocopa-Kommission ausgearbeitet und von der EZLN akzeptiert wurde.

interview: kristin gebhardt

© Jungle World Verlags GmbH